

noch weite Teile unseres Wirtschaftssystems. Sie ließen materialistische Erwartungen aufkommen. So müsse man heute davon ausgehen, daß „viele daran gehindert werden, gewisse Grundbedürfnisse zu befriedigen, während andere, von ihrem Reichtum gefangen, Schwierigkeiten hätten, Gott zu treffen, die Person Jesu kennenzulernen und seine Botschaft zu leben“. Andererseits warnten die Bischöfe vor der Gefahr, Marxismus und Evangelium zu harmonisieren. Die Christen müßten einfach Grundelemente des Marxismus ablehnen, so „die Verneinung von Gottes Existenz und Intervention in der Geschichte, die Ten-

denz, in der Person nur eine ökonomische Funktion zu sehen, die Dialektik der Gewalt als Mittel des sozialen Wandels und die Absorption der individuellen Freiheiten zugunsten einer kollektiven Sozialordnung“. Kurz zuvor hatten die katholischen Bischöfe der Provinz Saskatchewan erklärt, sie widersetzten sich der weiteren Entwicklung des Uran-Abbaus in ihrer Region, solange nicht eine Reihe grundlegender Fragen geklärt sei (NC News Service, 30. 11. 1977). Dabei ging es neben Sicherheitsfragen auch um Fragen der Moral und der Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung durch riesige Konzerne.

## Zeitschriftenschau

### Theologie und Religion

DIJON, XAVIER S. J. *L'Eglise peut-elle imposer sa morale à la société?* In: Nouvelle Revue théologique Tome 99 Nr. 5 (Oktober 1977) S. 722-738.

Die These der Überlegungen von Dijon ist, daß es der Kirche und den Christen gelingen müsse, an der Universalität des von ihnen überlieferten und vertretenen Anspruchs festzuhalten, ohne die aus ihm abgeleiteten Normen einer nichtkirchlichen Umwelt aufzutroyieren zu wollen. Zwischen den Extremen eines überbordenden Pluralismus, der letztlich das Gemeinwesen sprengen müßte, und einem Monismus, der alles auf eine bestimmte moralische Sicht festlegen will, eröffne die geistliche Wirkkraft des Gesetzes Gottes einen möglichen dritten Weg. Als der Gemeinschaft unter dem Kreuz ist der Kirche jede politische Anmaßung verwehrt, zugleich aber ermöglicht, von der geistlichen Herrschaft Christi her Orientierung für die gesamte geschaffene Wirklichkeit, also auch für die Politik zu geben. Der Christ müsse – seiner Partikularität bewußt – sagen, wie er die Dinge sieht, dürfe aber nicht in Selbstsicherheit verfallen, als ob das definitiv heilswirksame Geschehen der Auferstehung die „Zweideutigkeit“ allen politischen Handelns aufgehoben hätte.

KÖNIG, OTTO. *Was ist ein Dogma?* In: Theologie und Philosophie Jhg. 52 Heft 4 (November 1977) S. 498-524.

Daß weit zurückliegende Kontroversen immer noch von Bedeutung sein können, zeigt dieser Aufsatz über die Diskussion zwischen *Eduard Le Roy*, dem zu seiner Zeit berühmten französischen Mathematiker, Philosophen und engagierten „Laientheologen“, und *Maurice Blondel*. Im zeitlichen Kontext der Modernismuskrise hatte Le Roy eine „pragmatische“ Interpretation des Dogmas vorgelegt, gemäß der die dogmatische Formel keine Aussage über die menschlichen Erkennen grundsätzlich entzogene Wirklichkeit Gottes *an sich* ist, sondern eine Aussage darüber, wie Gott *für uns* wirklich wird und darin ein bestimmtes Verhalten von uns verlangt. Blondel hat einerseits Le Røys Anliegen der Überwindung eines sterilen und statischen Glaubensintellektualismus anerkannt, zugleich aber seine Unterschätzung der Rolle des Denkens und der dogmatischen Reflexion kritisiert. Er hält den „praktischen“ Sinn des Dogmas fest, aber das Dogma ist für ihn nicht nur Produkt der Glaubenserfahrung der Kirche, sondern auch ihre normative Bestimmung, d. h., das Dogma weist für Blondel – trotz aller Perfektibilität seiner

Sprache – in die Wirklichkeit des Geheimnisses hinein, nicht damit wir sie uns assimilieren, sondern damit wir umgewandelt werden „nach dem Bilde des unbegreiflich einen und dreifaltigen Gottes“.

WELTE, BERNHARD. *Was ist eigentlich ein Gedanke?* In: Theologische Quartalschrift Jhg. 157 Heft 4 (Dezember 1977) S. 243-254.

Der Aufsatz stellt seine Frage in sehr ursprünglicher und lapidarer Weise. Zunächst wird gezeigt, wie einerseits im Gedanken sich *etwas* anzeigt, wie dies aber andererseits davon abhängig ist, daß es *jemanden* aufgehen kann, wobei der ganze Vorgang auf eine umgreifende „Helle des Denkens“ angewiesen ist. „Die lebendige Einheit des sich zeigenden Gedachten mit dem sich ihm zuwendenden Denken im Lichte der unerschaffenen Unverborgenheit und Wahrheit“ – dies ergibt sich als erste Bestimmung des Gedankens. In einem zweiten Schritt mit der Frage nach dem Bezug zwischen Gedanke und Welt wird unterschieden zwischen dem Gedanken, der sich der Mannigfaltigkeit des Empirisch-Faßbaren zuwendet, und dem Gedanken, der dieses integriert zu höheren, sinnvollen Ganzheiten. Auch diese „großen Gedanken“ seien stets nur Stationen, aber nicht schon das Ziel. Für heute konstatiert Welte einen Mangel an solchen umfassenden und einheitsstiftenden Gedanken. Die Annäherungen an solche Gedanken, die in unsere Situation „neue Freiheit, neuen Sinn und neues Licht“ brächten, könnten nur „fragend“ bleiben, für den Glaubenden seien sie aber „erhellt von Hoffnung“.

### Kultur und Gesellschaft

KUPER, BERND-OTTO. *Freie Wohlfahrtspflege im sozialen Rechtsstaat.* In: Die neue Ordnung Jhg. 31 Heft 6 (Dezember 1977) S. 441-450.

Da man sich schon so an die Begriffe gewöhnt hat, wird es wahrscheinlich nur wenigen bewußt sein, daß der Begriff des Sozialstaates ebenso wie die vielzitierte Sozialstaatsklausel keinen Eingang in den Wortlaut des Grundgesetzes gefunden hat. Dieses Fehlen einheitlicher Vorstellungen zur sozialen Sicherung macht es der freien Wohlfahrtspflege schwer, ihren Standort festzulegen und ihm allgemeine Geltung zu verschaffen. In diesem Artikel wird der Versuch unternommen, Übereinstimmung und Unterschiede der verschiedenen Partner im Sozialbereich bezüglich der Grundprinzipien Persona-

lität, Solidarität und Subsidiarität aufzuzeigen. Darauf folgt ein Ausblick auf die Zukunft der freien Wohlfahrtspflege, die keine private Wohlfahrtspflege ist, sondern sich öffentlichen Aufgaben verpflichtet weiß. Dabei geht es um Schwerpunkte ebenso wie um die Lastenteilung und um die Aufgabenverlagerung, damit sie Anwalt der Schwächeren in unserer Gesellschaft bleiben kann.

URFER, SYLVAIN. *L'Afrique sera-t-elle africaine?* In: *Projet* Nr. 120 (Dezember 1977) S. 1155-1160.

Ausgehend von den drei gegenwärtig größten Konfliktzonen Afrikas, nämlich dem südlichen Afrika, der Westsahara und dem Horn von Afrika, wird in diesem knappen, aber sehr konzentrierten Beitrag ein Überblick über die heutige Lage des schwarzen Kontinents gegeben. Mit eindrucksvollen Beispielen wird dabei belegt, daß Afrikas Regierungen heute, ganz gleich, welcher ideologischen oder politischen Richtung sie näherstehen, eigentlich nie selbständig handeln können. Auf irgendeine Weise sind sie alle von einer der Großmächte nach wie vor abhängig, sei es militärisch oder wirtschaftlich. Alle politischen Zusammenschlüsse und Unabhängigkeitsbekenntnisse können dies Bild nicht grundlegend ändern. Dies wird nach Meinung des Verfassers so lange bleiben, wie die bisherige kleine einheimische Elite das Sagen hat. Erst wenn sich die heute weitgehend stimmlose Masse der Bauern durch allmähliche Bildung politisches Bewußtsein erworben hat und wenn die heutige afrikanische Jugend ihr Wissen anwendet, dann könnte sich Afrika zu einem heute noch gar nicht abzusehenden eigenständigen Faktor auf der internationalen politischen Bühne entwickeln.

*Pour le Tiers Monde.* In: *Economie et Humanisme.* Nr. 238 (November/Dezember 1977).

In sechs sehr unterschiedlich angelegten Artikeln wird eine Art Bilanz der Lage der Länder in der Dritten Welt gezogen. Der Einführungsartikel untersucht das zwiespältige Verhalten der Industrienationen, die den Entwicklungsländern ständig vorhalten, sie müßten sich erst einmal vom Innern her selbst ändern und entwickeln, die aber gleichzeitig fortfahren, diesen Ländern ihre Marktansichten und ihre Wirtschaftsmodelle aufzudrängen und dabei noch kräftig Profit zu machen. Deshalb wird gefordert, daß auch wir uns von den Entwicklungsländern ändern lassen müßten. Eine interessante Bilanz nach zehn Jahren grüner Revolution kommt zu dem Ergebnis, daß die offensichtlichen Erfolge bei der Ern-

teverbesserung auf Kosten der Bauern und nur mit Hilfe vergrößerten Technologie-Transfers erreicht werden konnten. Den landlosen Bauern in Asien, der Geburtenregelung in China und dem Problem der Rohstoffpreise gelten weitere eigenwillige, aber aufschlußreiche Beiträge dieser Sondernummer.

## Kirche und Ökumene

OLIVIER, DANIEL/MANNS, PETER. **Confessio Augustana.** In: Ökumenische Rundschau Jhg. 26 Heft 4 (November 1977) S. 417–450.

In der Debatte um die Möglichkeit einer Anerkennung der *Confessio Augustana* erinnert Olivier, der französische Lutherforscher aus dem Dominikanerorden, daran, daß es dabei nicht darum gehe, den Lutheranern einen Gefallen zu tun, sondern die Katholiken für das lutherische Bekenntnis des gemeinsamen Glaubens zu öffnen. Die Rolle des Papstes bestehe nicht darin, Kirchen anzuerkennen, sondern

die Katholiken dahin zu führen, daß sie die Wahrheit der Kirche und des Evangeliums erfassen, wo immer sie zu finden sei. Olivier schlägt das Unternehmen einer *gemeinsamen* Interpretation der CA vor. Dem steht Manns skeptisch gegenüber. Ihm kommt es vor allem darauf an, daß in einer wechselseitig zu vollziehenden Rezeption auf der einen Seite das reformatorische Grundanliegen Luthers (das nach Manns in der CA melanchthonisch entschärft ist), auf der anderen Seite die entsprechenden katholischen Grundanliegen unverkürzt einbezogen werden. Ob diese Rezeption auf dem Weg der Anerkennung zu erreichen ist, läßt Manns offen.

**Dialog mit anderen Religionen.** In: Lebendiges Zeugnis Jhg. 32 Heft 4 (November 1977).

Das thematisch breit angelegte Heft vereinigt grundsätzliche Erwägungen zum interreligiösen Dialog in seiner Bedeutung für Christentum und Kirche mit konkretisierenden Überlegungen zu bestimmten Dialogsituationen. Den Anfang macht Prof. *Hans*

*Waldenfels* mit einer fundamentaltheologischen Bemerkung über „Theologie im Kontext der Weltgeschichte“, die auf die nicht zu umgehende Überschneidung von Mission und Dialog sowie auf das gegenseitige Ernstnehmen der Religionen in ihren Absolutheitsansprüchen abhebt. In sehr informativer Weise gibt *D. S. Amalorpavadass* einen Überblick über die theoretischen Ausgangspunkte und die Formen bzw. auch Institutionen des Dialogs zwischen den Religionen in Indien. Der ehemalige Direktor von Sodepax, *P. Joseph Spae*, weist auf ermutigende Tendenzen in der scheinbar so besonders schwierigen christlich-buddhistischen Begegnung hin, nicht ohne Unvereinbarkeiten zu benennen. Wie der christlich-islamische Dialog von den normativen Schriften beider Seiten her zu bewerten wäre, zeigt *Werner Wazura*, der mit einem Ausblick auf Gesprächsmöglichkeiten in der Bunderepublik schließt. Abschließend setzt sich Prof. *Alexander Ganoczy* mit der Frage auseinander, ob das „extra ecclesiam nulla salus“ nicht so ausgelegt werden könnte, daß es auf ein recht verstandenes „Außer Gott kein Heil“ hinausläuft.

## Personen und Ereignisse

Papst *Paul VI.* richtete eine Botschaft an die Teilnehmer der Nahost-Konferenz in Kairo. Sie wurde von dem italienischen Prälaten *Francesco Monterisi* überbracht. *Monterisi*, der im Rat für die öffentlichen Angelegenheiten der Kirche die Nahostabteilung leitet, nahm darüber hinaus als offizieller Beobachter des Vatikans an den Kairoer Verhandlungen teil. Dies unterstreicht, welche Bedeutung der Vatikan den Friedensinitiativen der Präsidenten *Begin* und *Sadat* beimißt. *Paul VI.* sprach bereits kurz nach *Sadats* Israelreise von einer „Vorahnung des Friedens“. Es fiel auf, daß der „*Osservatore Romano*“ die Reden beider Präsidenten vor dem israelischen Parlament im Wortlaut zusammen mit einem sehr positiven Kommentar veröffentlichte.

Eine Delegation des Vatikans unter Leitung des Präsidenten des Einheitssekretariats, Kardinal *Jan Willebrands*, hat an den diesjährigen Feierlichkeiten zum Fest des Apostels Andreas, des Patrons des konstantinopolitanischen Patriarchats, in Istanbul teilgenommen. Laut einer im Vatikan veröffentlichten Erklärung sollte der Besuch die sich immer stärker entwickelnden Beziehungen zwischen Rom und dem Ökumenischen Patriarchat unterstreichen. Eine Woche später überbrachte der Metropolit von Chalcédon, *Meliton*, dem Papst eine Botschaft des Patriarchen *Dimitrios I.*, in der dieser erneut seine Bereitschaft bekräftigte, „alle im Lauf der Jahrhunderte zwischen uns errichteten Mauern niederzubrechen“.

Der Dekan des Kardinalskollegiums, Kardinal *Luigi Traglia*, ist im Alter von 82 Jahren in Rom gestorben. *Traglia* war über 20 Jahre lang unter drei Päpsten Stellvertreter des Generalvikars des Papstes für die Diözese Rom. Nach seiner Ernennung zum Kardinal im Jahre 1960 war er von 1965 bis 1968 selbst päpstlicher Generalvikar Roms. Anschließend hatte er als letzter das Amt eines Kanzlers der Heiligen Römischen Kirche inne, dessen Befugnisse nach seinem 1973 erfolgten Rücktritt an das Staatssekretariat übergingen. 1974 wurde er Dekan des Kardinalskollegiums. Sein Nachfolger in diesem Amt wurde jetzt Kardinal *Carlo Confalonieri*. Nach dem Tod von *Traglia* zählt das Kardinalskollegium noch 132 Mitglieder, von denen allerdings 14 über 80jährig und deshalb nicht mehr zur Papstwahl berechtigt sind.

*Hubertus Brandenburg*, seit knapp drei Jahren Weihbischof des Bistums Osnabrück und in Hamburg residierender Bischofsvikar für die hamburgischen und schleswig-holsteinischen Gebiete der Diözese, wurde von Papst *Paul VI.* zum neuen Bischof von Stockholm ernannt. Das Bistum Stockholm, das ganz Schweden umfaßt und zu dem rund 80 000 Katholiken – unter einer Gesamtbevölkerung von über acht Millionen – gehören, war seit dem Tod von Bischof *John E. Taylor* im Herbst 1976 vakant. Schon in seinem bisherigen Amt bildeten für Bischof *Brandenburg* die Diasporasorge und die ökumenische Kooperation die beiden Schwerpunkte seiner Arbeit.

Der Bischofsvikar von St. Gallen, *Ivo Führer*, wurde von der Generalversammlung des Rates der Europäischen Bischofskonferenzen zum Sekretär des Rates gewählt. Er wird sich in diese Aufgabe mit dem bisherigen Sekretär der Französischen Bischofskonferenz, *Paul Huot-Pleuroux*, teilen. Vorgänger im Amt war der Bischofsvikar von Chur, *Alois Sustar*, der in seine slowenische Heimatdiözese Ljubljana zurückgekehrt ist. Das Sekretariat wird von Chur nach St. Gallen verlegt. Für den Rat der Europäischen Bischofskonferenzen stehen in diesem Jahr zwei wichtige Ereignisse bevor: im April eine erste große Begegnung mit der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) in Chantilly (Frankreich) und im Herbst in Rom das vierte Bischofssymposium.

Nachdem US-Präsident *Jimmy Carter* am 4. November die Rückgabe der Stephans-Krone an die ungarische Regierung angekündigt hatte, setzte besonders aus dem Lager der osteuropäischen Einwanderer eine große Protestwelle ein. Sprecherin der Gegner dieses Vorhabens, das als Verbesserung der Beziehungen zwischen Washington und Budapest gedacht war, ist die demokratische Kongreßabgeordnete *Mary Rose Oakar* aus Cleveland. Die Krone hat ihrer Meinung nach religiöse, politische und mystische Bedeutung. Deshalb sei es „absurd“, sie an ein kommunistisches Regime zurückzugeben, das „weder den Willen noch den Charakter des ungarischen Volkes repräsentiert“. Die Krone ist das 976 Jahre alte Symbol der ungarischen Nation und des Glaubens. Sie war von Papst *Sylvester II.* an Stephan, den ersten König von Ungarn, verliehen worden. In

den letzten Kriegstagen 1945 wurde sie den Amerikanern übergeben, damit sie nicht den anrückenden Russen in die Hände fallen sollte. Kardinal *Paul Yu-Pin* von Formosa sprach sich schriftlich ebenfalls gegen die Rückgabe aus, da die Krone nicht nur von großer religiöser Bedeutung für das ungarische Volk, sondern für die ganze Welt sei. Eine Rückgabe an die Kommunisten sei eine Ungeheuerlichkeit.

Der Sprecher der derzeit besonders aktiven Kampagne für das Recht auf Abtreibung, *Bill Baird*, und *Madalyn Murray O'Hair*, Direktor des Amerikanischen Atheisten-Zentrums in Austin/Texas, kündigten in einem gemeinsamen Telegramm an *Mark Gallagher* vom „National Committee for a Human Life Amendment“, einer von den amerikanischen Bischöfen gegründeten Organisation, die sich für einen menschlichen Leben von der Zeugung an schützenden Verfassungszusatz einsetzt, einen allgemeinen Boykott gegen die katholische Kirche an. Die Kirche müsse sich an die Trennung von Staat und Kirche halten und solle Schluß machen mit dem „dummen Gerede“ von der Existenz einer menschlichen Person von der Zeugung an und aufhören, Abtreibung als Mord zu bezeichnen. Der angekündigte Wirtschaftsboykott soll sich gegen Marmelade von Trappisten, gegen Brot von Mönchen und gegen Wein von Ordensgemeinschaften sowie gegen ertragreiche kirchliche Unternehmen wie das Bingo-Spiel richten.

Die Selbstkrönung von Kaiser *Bokassa I.* in der Zentralafrikanischen Republik am 5. Dezember brachte der katholischen Kirche einige Schwierigkeiten ein. Die nach dem Modell der Kaiserkrönung von Napoleon Bonaparte durch Papst *Pius VII.* vorgenommene Zeremonie sollte nach dem Willen *Bokassas* von Papst *Paul VI.* vorgenommen werden. Der Papst lehnte ab und sandte lediglich eine Botschaft, die in der anschließend an die Krönung in der Kathedrale von Bbengui gefeierten Messe verlesen wurde. Die lateinische Messe, die von afrikanischen Liedern umrahmt war, las der Pronuntius Erzbischof *Oriano Quilici*. Eine Einbettung der Krönung in einen Gottesdienst hatten die zuständigen kirchlichen Stellen abgelehnt.